

studentischen sowie kirchlichen Vereinen und arbeiten eng mit dem "Bund der Mitteldeutschen e. V.", dem "Zentralverband politischer Flüchtlinge und Ostgeschädigter e. V." sowie mit weiteren feindlichen Einrichtungen zusammen.

Der in seinem Wirken auf Westberlin beschränkte "Zentralverband politischer Flüchtlinge und Ostgeschädigter e. V." - als Teilverband des "Bundes der Mitteldeutschen e. V." - sieht entsprechend der Eigendarstellung seine Aufgabe und Funktion

"in der sozialen Betreuung und Eingliederung von Republikflüchtigen und Aussiedlern aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten sowie der politischen Häftlinge".¹

Seine Aktivitäten sind insbesondere darauf gerichtet, die "politischen Häftlinge" aus sowie in der DDR ideell und materiell zu unterstützen und sie dadurch im Interesse ihrer weiteren Dienstbarmachung im Rahmen des gegnerischen subversiven Vorgehens zu stimulieren. Diesem Ansinnen dienten wiederholte Aufrufe an die Bevölkerung der BRD/Westberlins zu verstärkten "Geschenksendungen" an Angehörige und Betroffene von "politischen Häftlingen" in der DDR. Außerdem nimmt der "Zentralverband politischer Flüchtlinge und Ostgeschädigter e. V." durch Zustimmungsaufappelle Einfluß auf die Entscheidungsfindung in den sogenannten Anerkennungsverfahren als "politische Flüchtlinge" durch Senatsdienststellen.

Mit dem Ziel, die Wirksamkeit des subversiven Vorgehens zu erhöhen, verstärken die Feindorganisationen, insbesondere die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V.", ihre Anstrengungen, um internationale Organisationen und Gremien, vor allem der UNO, durch Zuleitung von "Dokumenten" über angebliche Menschenrechtsverletzungen in der DDR zur Diskriminierung und Ausübung von politischem Druck auf die Regierung der DDR zu mißbrauchen.

¹ Vgl. "Ostpolitik" Band I, S. 29 ff.